



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Bayerns Archive ausreichend finanzieren
(Kap. 15 93 Tit. 547 05 u. 812 35)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 15 93 wird der Ansatz im Tit. 547 05 (Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bestandserhaltung) für das Jahr 2026 von 1.494,5 Tsd. Euro um 628,75 Tsd. Euro auf 2.123,25 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 15 93 wird der Ansatz im Tit. 547 05 (Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bestandserhaltung) für das Jahr 2027 von 1.493,9 Tsd. Euro um 628,75 Tsd. Euro auf 2.122,65 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 15 93 wird der Ansatz im Tit. 812 35 (Digitales Archiv und IT-Ausstattung) für das Jahr 2026 von 1.915,8 Tsd. Euro um 628,75 Tsd. Euro auf 2.544,55 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 15 93 wird der Ansatz im Tit. 812 35 (Digitales Archiv und IT-Ausstattung) für das Jahr 2027 von 1.915,8 Tsd. Euro um 628,75 Tsd. Euro auf 2.544,55 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Erst im Dezember 2025 wurde im Rahmen der Beratungen zur jüngsten Novelle des Bayerischen Archivgesetzes (BayArchG) seitens der Staatsregierung erneut betont, wie relevant Bayerns staatliche Archive für das kulturelle und historische Erbe des Freistaates sind. Doch bei der Finanzierung spiegelt sich dies leider in keiner Weise wider.

Als Begründung für die Gesetzesnovelle wurden insbesondere die Erfordernisse des digitalen Zeitalters genannt, die für die Archive neue Herausforderungen bedeuten – sowohl was die Online-Nutzbarmachung der Archivalien betrifft, also auch die neu eingeführte Aufgabe, diese Archivalien langfristig lesbar und verfügbar zu halten. Doch zur Umsetzung dieser Digitalisierungsstrategie sind auch entsprechende zusätzliche Mittel von Nöten. Der Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 der Staatsregierung trägt den Erfordernissen der Digitalisierung allerdings mitnichten ausreichend Rechnung, denn es werden für diese durch die Novelle neu geschaffenen Aufgaben nicht nur keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt, sondern es wurde der Haushaltsansatz für die Staatlichen Archive stattdessen insgesamt deutlich gekürzt.

Auch der physische Bestand wird vernachlässigt: In den staatlichen Archiven Bayerns ist nach wie vor ein großer Teil der Archivalienbestände von Papierzerfall betroffen. Die Staatsregierung hat in der Vergangenheit selbstkritisch große Defizite in der Erfassung, Sicherung und Sanierung der Archivbestände eingeräumt. Der Ausgleich ist eine Daueraufgabe von immenser Bedeutung und großem Handlungsdruck. Betroffen vom Zerfall durch Säurefraß sind insbesondere Archivalien seit 1840. Seither wird industriell gefertigtes und saures Holzpapier verwendet. Nur wenige Bundesländer stellen zur Bestandserhaltung geringere Mittel zur Verfügung als Bayern.

Wir fordern daher ausreichende Mittel für das Digitale Archiv, die Digitalisierung der Archive und die Bestandserhaltung von Archivalien.